

NCP-IP PRAXIS-CHECKLISTE FÜR AKADEMISCHE AUSGRÜNDUNGEN

Diese Checkliste dient als Wegweiser für erfolgreiche Ausgründungen aus österreichischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Sie führt systematisch durch die wesentlichen Schritte von der ersten Idee bis zum etablierten Spin-off und verweist bei jedem Punkt auf die entsprechenden Kapitel im ausführlichen **Praxishandbuch für die akademische Ausgründung** wo detaillierte rechtliche Erläuterungen, Beispiele und Praxistipps zu finden sind. Die jeweiligen Kapitel im Praxishandbuch sind in den Klammerausdrücken angegeben.

Die Checkliste richtet sich gleichermaßen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen wie an Gründerinnen und Gründer.

Für diese Checkliste wird der Begriff "Hochschule" synonym für die Begriffe "Universität", "Hochschule" sowie "Forschungseinrichtung" verwendet. Sofern ausdrücklich der Begriff "Universität" verwendet wird, bezieht sich dieser ausschließlich auf Universitäten iSd § 6 Universitätsgesetz ("UG").

Wichtiger Hinweis: Diese Checkliste ersetzt keine rechtliche oder steuerliche Beratung. Ziehen Sie bei konkreten Vorhaben stets spezialisierte Fachleute hinzu.

Diese Checkliste und das Praxishandbuch wurden im Auftrag des Programms NCP-IP in Kooperation mit dem akademischen Ausgründungsökosystem von der Kanzlei Herbst Kinsky erstellt.

I. Meilensteine im Spin-off-Prozess (Punkt II)

- Abstimmung im Gründungsteam dokumentiert (Founders' Agreement)?
 - Rollenverteilung und Verantwortlichkeiten geklärt?
 - Zeitliches Engagement der Gründer:innen abgestimmt?
 - Team-Matching abgeschlossen (fehlende Expertise identifiziert/ergänzt)?
- IP-Strategie entwickelt?
- Lizenzvereinbarungen mit Hochschule finalisiert?
- Förderinstrumente identifiziert (zB FFG Spin-off Fellowship, aws Preseed)?
- Inkubator/Accelerator-Programm identifiziert (zB ein AplusB Zentrum)?
- Erste Finanzierung gesichert?
- Gesellschaftsgründung vorbereitet (siehe hierzu Punkt III der Checkliste)?
- Produkt/Dienstleistung zur Marktreife entwickelt?
- Mietvertrag/Infrastrukturvertrag mit Hochschule abgeschlossen?
- Validiertes Produkt und Geschäftsmodell?
- Folgefinanzierung in Planung?
- Referenzkund:innen gewonnen?

II. Intellectual Property ("IP") & Lizenzvereinbarungen (Punkt III)

1. IP -Rechte

- Wem gehört das für die Gesellschaft relevante IP?
- Welche Schutzrechte sind für das Spin-off relevant?
 - Patent (Punkt III.1.1(a))
 - Gebrauchsmuster (Punkt III.1.1(b))
 - Marke (Punkt III.1.1(c))
 - Geschmacksmuster/Design (Punkt III.1.1(d))
 - Urheberrecht (Punkt III.1.1(e))
 - Know-how und Daten (Punkt III.1.1(f))

2. Diensterfindungen an Universitäten (Punkt III.1.2(a))

- Liegt eine Diensterfindung iSd § 106 Abs 2 UG iVm § 7 Abs 3 PatG vor?
- Hat die Erfinderin oder der Erfinder die Diensterfindung dem Rektorat gemeldet (§ 106 Abs 3 UG)?
- Hat die Universität ihr Aufgriffsrecht fristgerecht ausgeübt?
- Hat die Hochschule bereits ein Schutzrecht gesichert oder ist in der Registrierungsphase?
- Wurde eine Vereinbarung bezüglich einer angemessenen Vergütung (§ 8 PatG) getroffen?

3. IP-Verwertung, Lizenz- und Kooperationsverträge (Punkt III.2)

- Gibt es registriertes IP (zB Patente, Gebrauchsmuster, Marken, Geschmacksmuster/Design)? (Punkte III.1.1(a), (b), (c) und (d))
- Welches nicht registriertes IP gibt es (zB Urheberrechte, Know-how, Daten, Geschäftsgeheimnisse)? (Punkte III.1.1(e) und III.1.1(f))
- Wurde eine Lizenzvereinbarung mit der Hochschule getroffen? (Punkt III.2.1)
- Exklusive oder nicht-exklusive Lizenz für das Spin-off?
- Zurückbehaltung von Nutzungsrechten für Lehr- und Forschungszwecke seitens der Hochschule?
- Umfang der Lizenz klar definiert?
- Vergütungsmodell
 - Pauschallizenz?
 - Umsatzbezogene Lizenzgebühr (ggf mit einer Upfront Fee)?
 - Milestone-Zahlungen?
 - Beteiligung (Equity) statt oder zusätzlich zu Lizenzgebühr?
- Optional: Option auf spätere IP-Übertragung?
- Vollständige IP-Übertragung an das Spin-off? (Punkt III.2.2)
- Wurden passende Non-Disclosure Agreements ("NDAs") mit allen externen Personen abgeschlossen, die sensible Informationen erhalten? (Punkt III.2.3)
- Gibt es Forschungs- und Entwicklungsprojekte ("F&E-Projekte"), an denen sowohl das Spin-off als auch die Hochschule beteiligt sind? (Punkt III.2.4)
- Sind die Publikationsrechte und -pflichten der Hochschule klar geregelt (inkl Vorab-Mitteilungspflicht, Sperrfrist zur Schutzrechtsanmeldung und Definition vertraulicher Inhalte)? (Punkt III.2.5)
- Wer übernimmt die Kosten für die Aufrechterhaltung der Schutzrechte?

III. Gesellschaftsrechtliche Aspekte (Punkt IV)

1. Wahl der Rechtsform (Punkt IV.1)

- In welcher Rechtsform soll die Gesellschaft gegründet werden? _____

2. Gründung einer GmbH/FlexCo (Punkt IV.2)

- Firma der Gesellschaft?
- Sitz und Geschäftsanschrift der Gesellschaft?
- Unternehmensgegenstand der Gesellschaft?
- Gesellschafter:innen und Beteiligungsverhältnisse?
- Handelsrechtliche:r und gewerberechtliche:r Geschäftsführer:in?
- Stammkapital (GmbH/FlexCo: Reguläres Mindeststammkapital iHv EUR 10.000, wovon zumindest EUR 5.000 bei Gründung einzuzahlen sind):

- FlexCo: Sollen die Geschäftsanteile in Stammeinlagenanteilen von jeweils zumindest EUR 1 Nennbetrag gestückelt werden (Stückanteile)?
- FlexCo: Sollen unterschiedliche Anteilsklassen vorgesehen werden (zB Common Shares, Preferred Shares, etc)? _____
- FlexCo: Sollen Unternehmenswertanteile ("UWA") ausgegeben werden, zB für die Incentivierung von Mitarbeiter:innen? Höchstausmaß: weniger als 25% des Stammkapitals. Wenn ja in welchem Ausmaß?

- Beginn und Ende des Geschäftsjahres (üblich: Kalenderjahr)? _____
- Was soll mit Gewinnen der Gesellschaft passieren (Ausschüttung oder Thesaurierung)? _____

3. Beschlussmehrheiten und Zustimmungsrechte (Punkt IV.2.2)

- Beschlussmehrheiten in der Generalversammlung (einfache oder qualifizierte Mehrheit; qualifizierte Mehrheit nur für bestimmte Beschlussgegenstände)?

- Zustimmungsrechte einzelner Gesellschafter:innen (zB der Hochschule oder Investoren bzw Investorinnen) oder Gruppen von Gesellschafterinnen und Gesellschaftern zu bestimmten operativen und/oder gesellschaftsrechtlichen Maßnahmen?

4. Geschäftsanteile (Punkt IV.2.3)

- Soll die Übertragung der Geschäftsanteile an die Zustimmung der übrigen Gesellschafter:innen gebunden werden?
- Soll nur für die Übertragung der Geschäftsanteile an Dritte oder auch für die Übertragung innerhalb des Gesellschafter:innenkreises eine Zustimmung der übrigen Gesellschafter:innen erforderlich sein? _____
- Wem soll ein Zustimmungsrecht zukommen (zB Mehrheit von Gesellschafter:innen, einzelnen Gesellschafterinnen und Gesellschaftern)?

- Erlaubte Anteilsübertragungen: Sollen bestimmte Anteilsübertragungen von den Zustimmungserfordernissen sowie vom VKR ausgenommen sein (zB Veräußerung von Geschäftsanteilen an Tochtergesellschaften, Holdinggesellschaften, Treuhänder:innen, andere Gesellschafter:innen etc)?

- Soll für bestimmte Geschäftsanteile ein Veräußerungsverbot ("Lock-up") für einen bestimmten Zeitraum gelten? Wenn ja, wie lange? Soll dies auch für erlaubte Anteilsübertragungen gelten? _____

- Soll die Änderung der Beherrschungsverhältnisse bei einer Gesellschafterin oder einem Gesellschafter ("Change of Control") als Übertragung von Geschäftsanteilen gelten?
- Vorkaufsrecht ("VKR")
 - Wer soll ein VKR haben (alle Gesellschafter:innen, bestimmte Gesellschafter:innen)? _____
 - Sollen bestimmte Gesellschafter:innen ein bevorzugtes VKR gegenüber anderen Gesellschafterinnen und Gesellschaftern haben?
 - Soll das VKR auch auf erlaubte Anteilsübertragungen anwendbar sein?
 - Soll ein Change of Control bei einer Gesellschafterin oder einem Gesellschafter das VKR auslösen?
- Besondere Erwerbsrechte ("EWR")
 - Soll es im Falle einer Insolvenz einer Gesellschafterin oder eines Gesellschafters, einer Trennung von einer Gesellschafterin oder einem Gesellschafter, einer Exekution in das Vermögen einer Gesellschafterin oder eines Gesellschafters, einer Verurteilung einer Gesellschafterin oder eines Gesellschafters wegen Begehung einer Straftat, etc ein spezielles Erwerbsrecht der übrigen Gesellschafter:innen geben?
 - Sollen bestimmte Gesellschafter:innen ein bevorzugtes Erwerbsrecht gegenüber anderen Gesellschafterinnen und Gesellschaftern haben?
- Aufgriffsrecht im Todesfall ("AiT")
 - Soll es ein Aufgriffsrecht für den Fall des Todes einer Gesellschafterin oder eines Gesellschafters geben?
 - Wer soll ein Aufgriffsrecht haben (alle Gesellschafter:innen, die Gründer:innen etc)? _____
 - Sollen bestimmte Gesellschafter:innen ein bevorzugtes Aufgriffsrecht im Todesfall gegenüber anderen Gesellschafterinnen und Gesellschaftern haben?

5. Gesellschafter:innenstruktur, Rollen & Governance (Punkt IV.2.4)

- Ist die Verteilung der Geschäftsanteile im Gründer:innenteam geklärt?
- Anwachsung der Geschäftsanteile der Gründer:innen ("Vesting")
 - Sollen die Geschäftsanteile der Gründer:innen einem Vesting unterliegen?
 - Anwachsungszeitraum (monatlich, vierteljährlich, halbjährlich etc)? _____
 - Ausmaß des Geschäftsanteils, der dem Vesting unterliegen soll? _____
 - Definition der Bad Leaver-Ereignisse (Rücktritt, ordentliche Kündigung ohne wichtigen Grund oder begründeter Ausschluss, Kündigung durch die Gesellschaft aus wichtigem Grund)?

- Definition der Good Leaver-Ereignisse (Geschäftsführungsposition oder Angestelltenverhältnis der Gründerin oder des Gründers endet aus einem anderen Grund als ein *Bad Leaver* Ereignis)?
- Kaufpreis für angewachsene/nicht angewachsene Anteile (Marktwert, Nominale etc)? _____
- Ausmaß des Geschäftsanteils, der im Falle eines Good Leaver/Bad Leaver-Ereignisses übertragen werden soll? _____
- Wer übernimmt welche Funktion im Unternehmen? _____
- Besteht eine Vereinbarung zum Umfang des Engagements von an der Hochschule tätigen Gründungsmitgliedern im operativen Geschäft?
- Wurden potenzielle Beteiligungsansprüche von nicht-gründenden Personen (zB Labor-Mitarbeitende, beratende Professorinnen und Professoren) geprüft und dokumentiert?
- Ist ein Mechanismus zur Vermeidung von Blockaden bei gleichverteilten Anteilen (zB Mediationsverfahren oder Casting Vote) vorgesehen? _____
- Wurde ein Capitalization Table ("**Cap Table**") aufgesetzt?
- Ist ein Beteiligungspool für Mitarbeiter:innen (zB Employee Stock Option Plan ("**ESOP**"), Virtual Stock Option Plan ("**VSOP**"), UWA) eingeplant? _____
- Ist die Rolle der Hochschule oder Forschungseinrichtung am Spin-off (aktiv oder passiv, zB Mitbestimmung, Zustimmungsvorbehalte) festgelegt? _____
- Wurden Beteiligungsformen der Hochschule am Spin-off festgelegt (zB Lizenzierung, echte Kapitalanteile ("**Equity**"), virtuelle Beteiligung (zB *Phantom Shares*), hybride Modelle)? (Punkt IV.2.5) _____

6. Geschäftsführung (Punkt IV.2.6)

- Wurde die Geschäftsführung bestellt und die Vertretungsregelung (Einzel- oder Gesamtvertretung) definiert? _____
- Existiert ein schriftlicher Geschäftsführungsvertrag (gegebenenfalls ergänzt durch eine Geschäftsordnung)?

7. Finanzierung (Punkt IV.2.7)

- Wurden geeignete Finanzierungsarten für das Spin-off festgelegt (zB Eigenkapital, Fremdkapital, Mezzaninkapital, öffentliche Förderungen) und die potenziellen Kapitalgeber:innen bestimmt (Business Angels, Venture Capital Fonds ("**VCs**"), strategische Investorinnen und Investoren, Friends & Family, Crowd-Investing)? _____
- Beteiligt sich die Hochschule an der Finanzierung?

8. Investitionsschutz (Punkt IV.2.8)

- Bei Beteiligung von Investorinnen oder Investoren: sind Investitionsschutzbestimmungen gefordert?

9. Mitarbeiter:innenbeteiligung (Punkt IV.2.9)

- Optional: Ist eine Mitarbeiter:innenbeteiligung vorgesehen?

IV. Weitere Rechtsbereiche (Punkt V)

1. Beihilfenrecht (Punkt V.1)

Infrastruktur und Dienstleistungen (Punkt V.1.1)

- Ist die Nutzung universitärer Infrastruktur durch standardisierte Verträge geregelt?
- Wird für die Nutzung eine marktübliche Vergütung verlangt?

Schnittstellen zur Hochschule & Doppelfunktion von Universitätsangehörigen (Punkt V.1.2)

- Sind Nebenbeschäftigungs- oder Genehmigungspflichten der Hochschule erfüllt?
- Wurden mögliche Interessenskonflikte zwischen Spin-off und Hochschultätigkeit offengelegt?
- Ist die Nutzung universitärer Ressourcen durch das Spin-off vertraglich geregelt?
- Haben nicht-gründende Hochschulangehörige Anteile am Unternehmen und sind diese von der Hochschule genehmigt.

Fördermittel & Subventionen (Punkt V.1.3)

- Liegen beihilferechtlich relevante Zuwendungen vor?
 - Wenn ja: Sind damit verbundene Pflichten wie Dokumentation, Veröffentlichungspflichten oder De-minimis-Erklärungen zu beachten? _
-

Beihilfekonformität (Punkt V.1.6)

- Wurde geprüft, ob staatliche Mittel eingesetzt werden, und ist deren Herkunft klar nachweisbar?
- Entsprechen die Konditionen (zB Miete, IP-Übertragung, Infrastruktur) einem marktüblichen Verhalten und ist dies dokumentiert und begründbar?
- Sind interne Prüf- und Dokumentationsprozesse für beihilfenrelevante Leistungen vorhanden?
- Wurde bei Unklarheiten eine beihilfenrechtliche Prüfung durch TTO, Rechtsabteilung oder externe Beratung eingeholt?
- Sind alle erhaltenen Leistungen vollständig erfasst und für spätere Förderprüfungen nachvollziehbar?

2. Steuerliche Aspekte (Punkt V.2)

Körperschaftsteuer ("KöSt") (Punkt V.2.1)

- Wurden mögliche steuerliche Begünstigungen oder Sonderregelungen geprüft, die auf das Spin-off zutreffen könnten (zB Forschungsförderung, Verlustvorträge)?
-

Umsatzsteuer ("USt") (Punkt V.2.2)

- Unterliegt das Unternehmen der Umsatzsteuerpflicht?
- Wurde bei Aufnahme der Tätigkeit eine Umsatzschätzung für das erste Kalenderjahr erstellt?
- Liegt der erwartete Umsatz unter EUR 55.000, sodass die Kleinunternehmer:innenregelung anwendbar ist?
- Wurde ein System zur Verrechnung von Umsatzsteuer und Vorsteuer eingerichtet?

Lohn- ("LSt") und Einkommensteuer ("ESt") (Punkt V.2.3)

- Sind alle Arbeitnehmer:innen vor Arbeitsbeginn bei der Österreichischen Gesundheitskasse ("ÖGK") angemeldet?
- Wird die LSt korrekt einbehalten und abgeführt?
- Werden Dienstgeberbeitrag ("DB") Zuschlag zum DB ("DZ") und Kommunalsteuer ("KommSt") monatlich korrekt berechnet und abgeführt?
- Werden Bruttobezüge, Sonderzahlungen und Sachbezüge richtig im Lohnkonto erfasst und bewertet?
- Werden Zahlungen an selbständige Personen (§ 109a EStG) fristgerecht gemeldet?
- Ist die steuerliche Behandlung des Geschäftsführer:innengehalts geklärt, insbesondere bei Beteiligungen über 25%?

Steuerliche Registrierung & Aufzeichnungspflichten (Punkt V.2.4)

- Wurde vor Aufnahme einer betrieblichen Tätigkeit die Betriebseröffnung fristgerecht beim Finanzamt angezeigt und die Steuernummer bzw Umsatzsteueridentifikationsnummer ("UID") erhalten?

3. Gewerbebeanmeldung (Punkt V.3)

- Wird eine gewerbliche Tätigkeit iSd Gewerbeordnung ("GewO") ausgeübt?
- Wenn ja: Wurde das zutreffende Gewerbe angemeldet? (Punkt V.3.2)
- Ist zusätzlich eine Betriebsanlagengenehmigung erforderlich? (Punkt V.3.3)

4. Arbeitsrecht (Punkt V.4)

- Liegt für alle Beschäftigten ein schriftlicher Arbeitsvertrag oder Dienstzettel vor?
- Ist die Vertragsart (Arbeitsvertrag, freier Dienstvertrag, Werkvertrag) korrekt eingeordnet?
- Werden gesetzliche Mindeststandards eingehalten (zB Kollektivvertrag, Mindestentgelt, Urlaubs- und Kündigungsschutz für Arbeitnehmer:innen)?
- Optional: Mitarbeiter:innenbeteiligung: keine Unterschreitung des kollektivvertraglichen Mindestentgelts, Beachtung des arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatzes

5. Verarbeitung von personenbezogenen Daten (Punkt V.5)

- Ist sichergestellt, dass personenbezogene Daten rechtmäßig, zweckgebunden und sicher verarbeitet werden?
- Wurden technische und organisatorische Maßnahmen zum Schutz der Daten umgesetzt?
- Ist - falls erforderlich - ein:e Datenschutzbeauftragte:r bestellt und gemeldet?
- Bestehen schriftliche Verträge mit allen externen Auftragsverarbeiterinnen und -verarbeitern, und ist deren Eignung geprüft? (Punkt V.5.1)
- Liegt ein Plan für den Umgang mit Datenschutzverletzungen ("**Data Breach**") vor? (Punkt V.5.3)

6. KI-Verordnung (Punkt V.6)

- Wird für alle mit KI-Systemen befassten Personen ausreichende KI-Kompetenz sichergestellt? (Punkt V.6.1)
- Fällt das eingesetzte KI-System unter verbotene Praktiken? (Punkt V.6.3)
- Handelt es sich um ein Hochrisiko-KI-System ("**HKIS**")?
- Wenn ja: Sind für das HKIS alle Anforderungen der KI-Verordnung (Risikomanagement, Datenqualität, Transparenz, menschliche Aufsicht, Cybersicherheit) umgesetzt? (Punkt V.6.4)
- Werden Betreiber:innenpflichten eingehalten?

7. Haftung & Versicherung (Punkt V.7)

- Werden gesetzliche und vertragliche Pflichten der Geschäftsführung eingehalten (zB Insolvenzantragspflicht, ordnungsgemäße Buchführung)? (Punkt V.7.1)
- Werden Produkte vor dem Inverkehrbringen auf Fehler geprüft, um Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz ("**PHG**") zu vermeiden? (Punkt V.7.2)
- Sind Risiken durch geeignete betriebliche Versicherungen abgedeckt (zB Berufshaftpflicht, Betriebshaftpflicht)? (Punkt V.7.3)